

## **Änderungsantrag Nr.**

TE112

### **Beantragt von**

[Boris Tourovsky](#)

### **Programm**

Parteiprogramm

### **Schlagworte Pro**

Rechtssicherheit

### **Schlagworte Contra**

### **Beantragte Änderungen**

*Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags. Die restlichen Teile finden sich hier: [1](#), [2](#), [4](#)''*

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Beschränkung von Abmahnungen gegen Verbraucher" bzw., falls der Antrag "Rechtssicherheit im Internet 1" angenommen wurde, dem Punkt "Rechtssicherheit im Internet" einen Unterpunkt "Beschränkung von Abmahnungen gegen Verbraucher" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Abmahnungen, die Handlungen im Internet als Grund haben und sich gegen Privatpersonen richten, haben mit der Verbreitung des Internets rapide in Anzahl zugenommen und bilden in manchen Bereichen bereits die Grundlage von Geschäftsmodellen. Insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass viele Gesetze Grauzonen aufweisen, wenn es sich um Internetfragen handelt, oder sich rapide verändern, dient eine solche Situation nur der Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Aus Gründen der Rechtssicherheit fordern wir eine grundsätzliche Beschränkung von Abmahnungen gegen Privatpersonen, die sich auf Vergehen in der Internetkommunikation beziehen und keinen Grund zur Annahme eines absichtlichen Gesetzesverstößes erkennen lassen.

### **Begründung**

Die Begründung steht eigentlich im Antragstext drin. Der Antrag schließt auch Sachen mit ein, die wir bereits anderswo erwähnen (zum Beispiel beim Urheberrecht, da es Vorkommnisse wie "Song heruntergeladen -> saftige Abmahnung eingehandelt" unterbinden soll).